

Stolpersteine für Göttingen

Nach zwölf Jahren Diskussion sollen Tafeln mit Namen von NS-Opfern auch in der Uni-Stadt verlegt werden

Von Jörn Barke



Auf privatem Grund: Der erste Stolperstein in Göttingen erinnert an Hedwig Steinberg.EF

Göttingen. Im März sollen in Göttingen erstmals sogenannte Stolpersteine im öffentlichen Raum verlegt werden. Das Stolperstein-Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig war in der Vergangenheit in Göttingen heftig umstritten.

Mit dem Projekt will Demnig an die Vertreibung und Ermordung von Menschen während der nationalsozialistischen Diktatur erinnern. Der Künstler verlegt seit 2000 Messingplatten, auf die Name und Lebensdaten der Opfer eingraviert sind, vor die ehemaligen Wohnhäuser der Vertriebenen und Ermordeten. Demnig hat für das Projekt zahlreiche Auszeichnungen erhalten. Mittlerweile sind nach Angaben des Künstlers in rund 1100 Orten 46 000 Stolpersteine verlegt worden: In der Region liegen Steine in Duderstadt, Dransfeld und Northeim.

In Göttingen dagegen wurde das Projekt seit 2002 kontrovers diskutiert und deshalb immer wieder auf Eis gelegt. Hauptgrund waren Einwände, die das Jüdische Lehrhaus und später die konservative Jüdische Kultusgemeinde vorbrachten. Das Hauptargument: Die jüdische Kultur und der in den vielen jüdischen Namen enthaltene Name Gottes würden mit Füßen getreten, weil die Platten im Boden liegen. Demnig wies die Vorwürfe in einem Tageblatt-Interview zurück und berief sich dabei auch auf Stellungnahmen von jüdischen Gemeinden.

Auf Privatinitiative der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Bonifatius-Schule wurde 2012 der erste Stolperstein in Göttingen verlegt. Er erinnert an die Jüdin Hedwig Steinberg, die von 1915 bis zu ihrer Deportation im Juli 1942 in dem Haus Bühlstraße 4 lebte. Steinberg gilt als verschollen.

Nach Verlegung dieses Stolpersteins kam wieder Bewegung in die Diskussion. Die Kulturverwaltung der Stadt schlug vor, nur dann eine Verlegung von Stolpersteinen in Göttingen vorzunehmen, wenn Überlebende und Nachkommen dieser Form des

Gedenkens ausdrücklich zustimmen würden.

Die liberale Jüdische Gemeinde und die christlich-jüdische Gesellschaft trugen das Konzept mit, die Kultusgemeinde gab sich laut der Vorsitzenden Eva Tichauer Moritz „geschlagen“, war aber weiter für andere Formen des Gedenkens. Kulturausschuss und Rat stimmten dem Verwaltungskonzept schließlich zu. Einzelheiten über die geplante Verlegung am 17. März wollen die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die Stadt Göttingen und der Geschichtsverein am Mittwoch vorstellen.